

Ein Fass ohne Boden

Das vorhersehbare Asylchaos treibt der FPÖ die Wähler zu

Von Dieter Grillmayer

Verständlich, wenn man beim „Fass ohne Boden“ zuerst an Griechenland denkt. Doch scheint mir dieses Problem ein „Klaks“ zu sein im Vergleich zur Überflutung Europas mit Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, für welche das international vereinbarte Asylrecht gar nicht gilt – was aber die meisten Politiker und Medienleute nicht daran hindert, andauernd von „Asylanten“ zu reden und diesen Rechte einzuräumen, wie sie nur den in ihrer Heimat politisch Verfolgten zustehen.

Aber Recht und Gesetz stehen bei diesem Thema ohnehin nur mehr auf dem Papier. Die Schengen-Grenzen sind löchrig wie Schweizerkäse, das Dublin-Abkommen, nach dem Asylanträge nur im EU-Einreiseland gestellt werden dürfen, ist Makulatur, und das Abschieben von zu Unrecht im Land befindlichen Ausländern funktioniert nicht. Die EU-Institutionen versagen auf der ganzen Linie, unternehmen nichts, um die Invasion zu stoppen, und die Staatengemeinschaft ist absolut unsolidarisch und lässt die Länder im Stich, welche die Hauptlast zu tragen haben; das sind neben Griechenland und Italien vor allem Ungarn, Österreich, Deutschland und Schweden. Dabei hätten vor allem das Vereinigte Königreich und Frankreich allen Grund, sich an der Aufarbeitung des von ihnen – mit der Destabilisierung Libyens – angerichteten Schadens zu beteiligen. Von den USA ganz zu schweigen, die für den IS-Terrorismus und den in Syrien und im Irak tobenden Krieg hauptverantwortlich sind.

Wenn in Österreich bis zu 400 Asylwerber täglich dazukommen, dann ist es doch nahezu unmöglich, diese angemessen zu versorgen, wie es ihnen die mit 12.000 Euro und mehr fürstlich entlohnten Schlepper zugesagt haben. Keinem Kommunalpolitiker ist es zu verdenken, wenn er die Mithilfe verweigert, vor allem dann nicht, wenn er die Folgen bedenkt. Diese sind in einem „Krone“-Leserbrief vom 4. Juli mit dem Titel „Wie geht es weiter?“ vorbildlich zusammengefasst: *Hat sich schon irgend jemand überlegt, was mit den vielen Flüchtlingen in Zukunft passieren soll? Sie können ja nicht ewig in diesen Notunterkünften verbleiben. Sie können nicht Deutsch, werden keine Arbeitsplätze bekommen und werden voraussichtlich auch nicht in ihre Heimat zurückkehren, weil es ihnen bei uns in der Flüchtlingsbetreuung besser geht als zuhause.*

Dass diese Um- und Zustände für einen Höhenflug der FPÖ sorgen, das muss für die Regierungsparteien frustrierend sein, kann aber auch einen sein Leben lang – mit wenigen Ausnahmen – freiheitlich gewählt habenden Menschen wie mich nicht wirklich freuen. Viel lieber wäre es mir, würden SPÖ und ÖVP auf diese Situation angemessen reagieren und den politischen Konkurrenten nicht nur als „mensenverachtend“ und „ausländerfeindlich“ diffamieren, eine Kampagne, die sich schon längst totgelaufen hat.

Wie bei mir üblich ist an dieser Stelle eine historische Reminiszenz fällig: Der im Juni 1815, also vor genau 200 Jahren gegründeten national-liberalen Burschenschaftsbewegung ging es um die Gründung eines deutschen National- und Verfassungsstaates nach englischem und französischem Vorbild, weil das demokratische Zusammenleben von Menschen, die derselben Kulturgemeinschaft angehören, reibungsloser vor sich zu gehen verspricht als in einem multikulturellen Konglomerat. Das ist empirisch abgesichert und für einen Verstandesmenschen wie mich auch heute noch gültig. Abgesehen von der staatlichen Einheit – diese Idee ist durch das NS-Regime unwiederbringlich desavouiert worden – sind die politischen Wünsche der Burschenschaftler nach dem Zweiten Weltkrieg bzw. dem Ende der DDR im ganzen deutschen Kulturraum grosso modo in Erfüllung gegangen. Aber schon lange vor dem um 1990 einsetzenden Massenzug von „Ausländern“ ward in linken Kreisen die Idee von der „multikulturellen Gesellschaft“ geboren, vielleicht, um ein in diesen Kreisen vermutetes „deutsches Gen“ zu neutralisieren, damit dieses keinen Schaden mehr anrichten

könne. Unbewusst hat man sich damit zum Erfüllungsgehilfen von Hitlers Testament gemacht, nach dem ein Volk, das „seinen“ Krieg verliert, mit dem Untergang bestraft werden müsse.

Wer seit 200 Jahren in Demokratie geschult ist, der wird die Multikulti-Ideologie als politische Irrlehre zwar bekämpfen, nicht aber die Vertreter dieser Ideologie als Untermenschen abtun, wie das vice versa ununterbrochen geschieht. Denn diese vielfach bereits in ihrer Schulzeit Indoktrinierten wollen ja das Gute, den menschlichen Fortschritt oder wie immer man das nennen mag. Aber was gut gemeint ist, das muss noch lange nicht gut sein. Den einen oder anderen Utopisten in die wirkliche Welt zurückzuholen wäre wohl das einzig Positive, das die Massenzuwanderung zu bewirken vermöchte.

Die meisten Menschen in unserem Land konnten mit der Idee von der multikulturellen Befruchtung ohnehin nie etwas anfangen. Kein Wunder also, dass sie sich angesichts der Folgen des Massenzuzugs nun vermehrt jenem politischen Lager zuwenden, das schon immer gewarnt hat, und zwar nicht vor den „Ausländern“ an sich, sondern nur vor denen, die sich in unsere Staats- und Kulturgemeinschaft nicht einfügen lassen und die sich auch gar nicht integrieren wollen, die als Arbeitskräfte nicht zu gebrauchen sind oder den Inländern Konkurrenz machen, die uns nur Kosten verursachen, von kriminellen Elementen einmal ganz abgesehen.

Schon vor sieben Jahren hat Dr. Gerulf Stix, langjähriger Dritter Präsident des österr. Nationalrates, das Phänomen nüchtern und sachlich wie folgt beschrieben: *Durch die Massenzuwanderung aus fremden Kulturkreisen wird die Identität des eigenen Landes und seiner alteingesessenen Bevölkerung ernstlich betroffen. Entgegen allen Beschönigungen seitens jener Mehrheit, die heute in der Politik, der Wirtschaft und in den Medien den Ton angibt, verspürt die betroffene Bevölkerung unmittelbar die Realität der tatsächlichen Beeinträchtigung. Diese zunehmend verstörte Bevölkerung reagiert nunmehr mit dem nächstliegenden demokratischen Mittel, welches ihr zur Verfügung steht: mit dem Stimmzettel. Da keine andere politische Partei so konsequent wie die FPÖ auf diese objektiv zunehmende Bedrohung für „Volk und Heimat“ – nüchterner gesagt: für die Einheimischen – hingewiesen hat, wenden sich die besorgten Menschen nun ihr zu.*

So einfach ist die Sachlage und sie wird noch lange anhalten, weil das komplexe Problem der Massenzuwanderung sich nicht abschwächen, sondern noch vergrößern wird. Hier besitzt die FPÖ eine objektiv begründete Themenführerschaft. ... Der springende Punkt ist das ganz konkret vorhandene Sachproblem. ... Über Stilfragen lässt sich streiten.